

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 14.09.2010

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 18:45 Uhr

Vorsitz: Frau Bürgermeisterin Petra Wesseler

Beschlussfähigkeit

Soll:	9	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	8	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Hans-Peter Lohse	dienstlich	
Herr Jens Ueberschär	sachkundiger Einwohner	Urlaub

verspätetes Erscheinen

Herr Thomas Lehmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	TOP 1, 16:31 Uhr
---------------------	--------------------------------	------------------

Stadtratsmitglieder

Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion
Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktion FDP
Herr Klaus Möstl	SPD-Fraktion
Herr Thomas Scherzberg	Fraktion DIE LINKE
Frau Verona Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion

stellv. Ausschussmitglied

Herr Gordon Tillmann	Fraktion FDP	i. V. für Herrn Lohse
----------------------	--------------	-----------------------

sachkundige Einwohner

Herr Udo Ehrhardt
Herr Detlef Hecker
Herr Frank Heymann
Herr Bernd Weber

weiteres Stadtratsmitglied

Herr Martin Schmidt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
---------------------	--------------------------------

Gäste

Frau Götze	Ingenieure Götze	zu TOP 5.3
Herr Kellnberger	Firmengruppe Kellnberger	zu TOP 5.5
Herr Koch	Architekturbüro Peter Koch	zu TOP 5.5
Herr Wigger	Leiter der Chemnitzer Justizvollzugsanstalt	zu TOP 2

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Dirk Bräuer	Abteilungsleiter Abt. 66.6
Herr Wilfried Hahn	Abteilungsleiter Abt. 63.3
Herr Nicolas Hamann	Abteilungsleiter Abt. 61.5
Herr Christian Pilz	Abteilungsleiter Abt. 61.4
Herr Michael Stötzer	Amtsleiter Amt 65

Schriffthführerin

Frau Isabel Antkowiak	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
-----------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Bürgermeisterin Wesseler eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und des anwesenden Stellvertreters bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, wonach die **Beschlussvorlage B-199/2010**, Tagesordnungspunkt 5.2, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und auf unbestimmte Zeit vertagt werden solle. Als Gründe führt er an, dass dem Freistaat Sachsen für das Vorhaben im kommenden Doppelhaushalt 2011/2012 keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und die Stadt Chemnitz diese Zeit nutzen sollte, um mit den Anwohnern in Kontakt zu treten.

Frau Bürgermeisterin Wesseler gibt zu bedenken, dass in der zweiten Phase des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses die Bürger die Möglichkeit haben, Bedenken zu äußern. Zusätzlich könne man den Zeitraum der öffentlichen Auslegung erweitern.

Herr Wigger (Leiter der Chemnitzer Justizvollzugsanstalt) bestätigt, dass im Doppelhaushalt des Freistaates Sachsen für das Gesamtbauvorhaben Justizvollzugsanstalt Chemnitz -Mitteldeutscher Frauenvollzug wahrscheinlich keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, obwohl dieses Vorhaben eine hohe Priorität genieße. Trotz dessen werde die Planung weiter fortgeführt, um den Bau zu beginnen, sobald Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist auch der Auffassung, dass man mit den Anwohnern noch einmal in Kontakt treten müsse. Er werde für den Geschäftsordnungsantrag stimmen.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** wird **einstimmig (6 Ja-Stimmen, 3 Enthaltung)** zugestimmt.

Es liegen **keine** weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 17.08.2010
-

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses B-151/2010 des Planungs- und Umweltausschusses aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 17.08.2010
-

Frau Bürgermeisterin Wesseler informiert, dass der Planungs- und Umweltausschuss in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 17.08.2010 folgenden Beschluss gefasst habe:

Beschluss B-151/2010

1.
Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt die Förderung des „Modellvorhabens Stadtumbau südlicher Sonnenberg“ zur Anpassung des Wohnungsbestandes im Plattenbaubereich auf der Grundlage des gemeinsamen Handlungskonzeptes der beteiligten Wohnungsunternehmen und den städtebaulichen Entwicklungszielen der Stadt ab 2010 im voraussichtlichen Durchführungszeitraum bis 2015.
2.
Die nach Städtebauförderrichtlinie erforderlichen städtischen Eigenmittel zur Zuwendung sollen teilweise durch Eigenmittel der geförderten Wohnungsunternehmen als Maßnahmeträger bis auf einen verbleibenden Mindestbetrag der Stadt von 10 % des Zuwendungsbetrages ersetzt werden.
3.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Erklärung gemäß VwV-StBauE an die Bewilligungsstelle SAB abzugeben, dass die Maßnahme „Modellvorhaben Stadtumbau südlicher Sonnenberg“ von besonderem städtebaulichen Interesse ist und – um die Maßnahme der städtebaulichen Erneuerung zügig durchzuführen – die Maßnahme ohne die Übernahme des Eigenanteils durch die Eigentümer sonst unterbleiben müsste.
4.
Die Gewährung der Förderung steht unter den Vorbehalten der jährlichen Bereitstellung der Eigenmittel der Stadt in einem genehmigten Haushaltplan und zur mittelfristigen Finanzplanung, der Bewilligung der Finanzhilfeanteile zur Förderung durch die Bewilligungsstelle SAB an die Stadt und der Zustimmung der SAB zum Ersatz der Eigenanteile.
5.
Die Zuwendung und der Ersatz werden in einem städtebaulichen Vertrag vereinbart. Die Vorbehalte gemäß Punkt 4 sind darin zu regeln.
6.
Soweit die Bereitstellung der Eigenmittel der Stadt und der Fördermittel in der Bereitstellung nach Jahresscheiben (Kassenmittel und Verpflichtungsermächtigungen) vom Bedarf nach den entstehenden Kosten der Wohnungsunternehmen abweicht, kann die Stadt die Bereitstellung der Zuwendung auch abweichend vereinbaren, indem die Wohnungsunternehmen sich unter den oben genannten Vorbehalten zur Kostentragung und zur Vorfinanzierung verpflichten.

5 Beschlussvorlagen an den Planungs- und Umweltausschuss

- 5.1 Aufstellungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan Nr. 10/09 Kleinwohnsiedlung Borna
Vorlage: B-215/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Hamann (Abteilungsleiter Amt 61.5) führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, ob es Vorstellungen in Richtung Denkmalschutz gebe und ob Festlegungen zur Versiegelung getroffen werden.

Herr Hahn (Abteilungsleiter Abt. 63.3) erklärt, dass die Siedlung nicht unter Denkmalschutz stehe.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erklärt, dass die Thematik der Versiegelung bei den Regelungen zur überbaubaren Grundstücksfläche in der aufbauenden Beschlussvorlage aufgenommen werde.

Zur Frage von **Herrn Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP)** erklärt **Frau Bürgermeisterin Wesseler**, dass der Bestandsschutz für alles rechtmäßig Errichtete gegeben sei.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) spricht sich gegen einen Bebauungsplan aus, da er eine Überregulierung befürchte.

Beschluss B-215/2010

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Für das Gebiet zwischen Bornaer Straße und Louis-Otto-Straße bzw. zwischen Köthensdorfer Straße und Am Rosenhag soll der einfache Bebauungsplan Nr. 10/09 Kleinwohnsiedlung Borna aufgestellt werden.

Der räumliche Geltungsbereich des Plangebietes wird durch die Planzeichnung bestimmt.

Folgende Planungsziele werden angestrebt:

- Regelung der überbaubaren Grundstücksfläche,
- Regelung zur Zulässigkeit von Garagen, Carports, Stellplätzen und sonstigen Nebenanlagen außerhalb der überbaubaren Flächen,
- bauordnungsrechtliche Regelungen/Gestaltungsvorgaben für die Errichtung von Garagen, Carports, Stellplätzen und sonstigen Nebenanlagen,
- Erhaltung der Bebauung und Sicherung der Wohnqualität.

2. Der Bebauungsplan soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 1 BauGB aufgestellt werden.

Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)**

- 5.2 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 10/03 Justizvollzugsanstalt Reichenhainer Straße - Offener Vollzug
Vorlage: B-199/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Dieser Tagesordnungspunkt wurde **unter dem Tagesordnungspunkt 2 abgesetzt**.

- 5.3 Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/19 Wohngebiet Bernhardstraße/Charlottenstraße
Vorlage: B-227/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Frau Götze (Ingenieure Götze) stellt die Beschlussvorlage vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt **Frau Götze (Ingenieure Götze)**, dass eine 70 m lange Schallschutzwand für die innerstädtische Bebauung errichtet werde.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) ist der Auffassung, dass sich diese Schallschutzwand nicht in das Stadtbild einfüge.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) informiert, dass der Versuch der Einigung mit dem Baubetrieb über die Errichtung der Lärmschutzanlage auf dessen Grundstück auf Kosten des Investors scheiterte. Aufgrund des bestehenden Garagenkomplexes und der Kleingärten in der Umgebung schätzt Herr Pilz ein, dass man die Lösung für den Standort der Schallschutzwand akzeptieren könne.

Beschluss B-227/2010

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 09/19 Wohngebiet Bernhardstraße/Charlottenstraße, Beschluss-Nr. B-428/2009 des Planungs- und Umweltausschusses vom 27.10.2009, wird so geändert, dass der Geltungsbereich nunmehr die in der Anlage 2 - Seite 2 umgrenzte Fläche des Flurstücks 991/2 (teilweise) der Gemarkung Gablenz mit beinhaltet.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 08/05 Wohngebiet Zinzendorfstraße, Altendorf, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), sowie die Begründung werden in der Fassung vom 05.08.2010 gebilligt und zur erneuten öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(8 Ja-Stimmen)**

- 5.4 Ausnahmsweise Zulässigkeit eines Lebensmittelmarktes, Friedrich-Hähnel-Straße/Helbersdorfer Straße
Vorlage: B-222/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Frau Bürgermeisterin Wesseler führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) ergänzt, dass sich die Bürger aufgrund der vorherrschenden Topografie für diesen Standort ausgesprochen haben.

Auf Wunsch von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** wird den Mitgliedern des Planungs- und Umweltausschusses eine Übersicht über alle Discounter in der Stadt Chemnitz zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

- 5.5 Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 93/21 "Posthof", Teil B: Johannisplatz/ Brückenstraße
Vorlage: B-190/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Zu dieser Beschlussvorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

***Frau Bürgermeisterin Wesseler** weist darauf hin, dass eventuelle Befangenheiten von den Mitgliedern des Ausschusses anzuzeigen sind.*

Herr Koch (Architekturbüro Peter Koch) informiert über den Entwurf und die architektonische Gestaltung des Vorhabens. Dabei geht er auf folgende Schwerpunkte ein:

- Geschichte des Rawema-Hauses
- Umbau des Rawema-Hauses und Errichtung eines Erweiterungsbaus
- Grundrisse
- Ansichten

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sieht einen Widerspruch in der Fortführung der Gestaltung des Postgebäudes und in der Gestaltung des Walls als eine Art Abgrenzung der beiden Gebäude. Seiner Meinung nach sind keine Gründe vorgebracht worden, welche einen Abbruch der Arkaden rechtfertigen. Für Herrn Scherzberg sind die Arkaden stadtbildprägend und er befürchtet einen weiteren Zubau der Arkaden auf der Straße der Nationen. Hinzu komme, dass Herr Kellnberger das Gebäude in Kenntnis des vorliegenden Bebauungsplanes erworben habe.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) erklärt, dass sie in den letzten Jahren den Weg unter den Arkaden im Gegensatz zu dem Weg vor dem Postgebäude vor allem wegen seiner dunklen Wirkung gemieden habe. Die nun nur noch geplante Andeutung der Arkaden durch ein Vordach halte Frau Drechsler auch aus barrierefreier Sicht gut. Hinzu komme, dass es ein Gesamtbild vom Markt bis zur Brückenstraße ergebe. Sie werde sich für die Beschlussvorlage aussprechen.

Frau Bürgermeisterin Wesseler gibt zu bedenken, dass ein Käufer eines nicht unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes auch davon ausgehen könne, gewisse Veränderungen vornehmen zu dürfen. Außerdem bleibe der Duktus erhalten.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass die Arkaden nicht einfach nur eine Reservefläche für Einzelhandel oder Gastronomie darstelle sondern insbesondere ein öffentlicher Raum sei. Man dürfe den Fehler des Abbruches der Arkaden nicht wiederholen zumal das angedeutete Vordach keinen Regenschutz biete. Hinzu komme, dass dieses Dach das Weiterwachsen der beiden Baumreihen behindere. Die Aufgabe der stadtbildprägenden Arkaden könne sie nicht mittragen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet den Entwurf hervorragend und architektonisch gut. Das Leben bringe immer Veränderungen mit sich. Er freue sich, dass es einen Investor gebe, der wieder einen Teil der Chemnitzer Innenstadt schöner gestalten möchte.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) ist der Auffassung, dass es wichtig sei, innerstädtische Vorhaben frühzeitig zu diskutieren. Aus diesem Grund sei es besser gewesen, Herrn Koch und Herrn Kellnberger schon früher in den Ausschuss einzuladen. Der jetzige Entwurf sei ein guter Kompromiss aus dem jetzigen Gebäudebestand und der derzeitigen möglichen wirtschaftlichen Umsetzung.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) schätzt das Engagement von Herrn Kellnberger. Allerdings könne man von einem Investor erwarten, dass er die Vorgaben einer Stadt akzeptiert und verwirklicht. Die Arkaden sind für Herrn Dr. Füsslein ein städtebauliches Element, auf welches er nicht verzichten möchte. Aus diesem Grund sollte der Investor das Thema Arkaden noch einmal aufgreifen und eine Lösung in Richtung Erhalt suchen.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) habe seine Meinung aufgrund seines zusätzlichen Wissenstandes geändert. Bei einer Vorortbegehung empfand er die Arkaden als bedrohlich. Auch eine Rücksprache mit den Nutzern habe ergeben, dass der Erhalt nicht gewünscht werde. Hinzu komme die bereits angesprochene Einheit der Fassaden vom Markt bis zur Brückenstraße. Herr Möstl werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Kellnberger (Firmengruppe Kellnberger) erinnert an das Image „Chemnitz-Stadt der Moderne“. Um diesem Slogan gerecht zu werden, habe er sich einen Architekten aus der Stadt Chemnitz gesucht und diesen beauftragt, ein im Jahr 1960 erbautes Objekt in das Jahr 2010 zu versetzen. Dabei könne man nicht die Modernität in den oberen Geschossen mit den alten Arkaden vereinen. Herr Kellnberger bittet um das Vertrauen der Stadträte für dieses Projekt.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) möchte die Sanierung des Gebäudes nicht verhindern. Allerdings bestehe sie auf die Arkaden. Dass der Erhalt möglich sei, zeigen auch andere Gebäude in der Innenstadt.

Beschluss B-190/2010

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt:

1. Der Überbauung der Arkaden zu Gunsten einer großzügigen verglasten 2 – geschossigen Geschäftszone wird zugestimmt. Die Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 93/21 „Posthof“, Teil B: Johannisplatz/ Brückenstraße, dass die Fläche im Erdgeschossniveau des festgesetzten Arkadenbereichs in einer Tiefe von 3,5 Metern mit einem Gehrecht zu Gunsten der Allgemeinheit belastet ist, für das unter Aktenzeichen 10/1719/4/BS eingereichte Vorhaben wird bestätigt.

2. Die Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 93/21 „Posthof“, Teil B: Johannisplatz/ Brückenstraße zu Gunsten einer Überschreitung der Bau- linie in den öffentlichen Verkehrsraum um rd. 2,60 m für die Errichtung eines Vordaches für das unter Aktenzeichen 10/1719/4/BS eingereichte Vorhaben wird bestätigt. Die Höheneinordnung des Vordaches hat den vorhandenen Baumbestand zu beachten.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)**

6 Informationsvorlage an den Stadtrat

- 6.1 Finanzcontrolling per 30.06.2010
Vorlage: I-051/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht **kein Informationsbedarf** seitens der Ausschussmitglieder.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Beschlussantrag an den Planungs- und Umweltausschuss

- 7.1 Verkehrsstilllegung Bergstraße
Vorlage: BA-027/2010 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion FDP
-

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass die Stellungnahme der Verwaltung Teile des Antrages bereits beantwortete. Sollte die Verwaltung ihre Stellungnahme vervollständigen, sei der Prüfauftrag erfüllt.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) stellt einen Antrag zur Geschäftsord- nung, wonach ohne weitere Diskussion die Abstimmung erfolgen solle, da es sich hier um einen Prüfauftrag handelt.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** wird **einstimmig (9 Ja-Stimmen)** zugestimmt.

Beschluss BA-027/2010

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Stilllegung der Bergstraße zwischen Hartmannstraße und Matthesstraße möglich ist und der verbleibende Teil der Bergstraße bis zur Leipziger Straße als Hauptstraße entwidmet und dem Ne- benstraßennetz zugeführt werden kann. Dazu wäre die Kreuzung Hartmannstra- ße/Leipziger Straße um eine Abbiegespur in Richtung Autobahn zu erweitern, um eventuelle Rückstaus auf der Hartmannstraße zu vermeiden. Ebenso wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen, in welchem Zeitraum und zu welchen Kosten dies möglich ist.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(7 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)**

8 Umsetzung des Konjunkturprogramms für Investitionen in Kommunen (K II)

Herr Stötzer (Amtsleiter Amt 65) informiert über den aktuellen Stand der Umsetzung des Konjunkturprogrammes:

Derzeit sind 87 Maßnahmen bewilligt, 45 Maßnahmen im Bau und 40 Maßnahmen bereits abgeschlossen. Weitere 15 Maßnahmen sollen im September noch beendet werden. Der Beauftragungsstand liegt bei 34 Mio. €. Der überwiegende Teil der Maßnahmen befindet sich in den Leistungsphasen 8 bis 9. Heute habe die Maßnahme Kunstrasenplatz im Juniorenstadion begonnen. Auch der Änderungsantrag zur Rathausfassade sei von der Sächsischen Aufbaubank positiv entschieden worden, so dass mit der Sanierung jetzt begonnen werde. Allerdings können voraussichtlich wesentliche Maßnahmen erst im kommenden Jahr durchgeführt werden, so dass das Rathaus zur Weihnachtszeit eingerüstet bleibe.

Anschließend informiert **Herr Stötzer (Amtsleiter Amt 65)** über folgende fünf Maßnahmen tiefgründiger. Dabei geht er auf das jeweilige Budget, den Beauftragungsstand und den Stand der Nachträge ein.

- Sanierung der Außenhaut der Kindertagesstätte (Kita) Yorckstraße 48
- Sanierung der Außenhaut der Kita Draisdorfer Straße 15
- Sanierung der Außenhaut der Kita Herweghstraße 7
- Sanierung der Außenhaut der Kita Augsburgener Straße 36
- Sanierung der Außenhaut, Heizkessel und Brandschutz der Kita Einsiedel Hauptstraße 25

Herr Stötzer (Amtsleiter Amt 65) informiert weiterhin, dass die Sporthalle am Schlossteich zwar wieder in Betrieb sei, aber Teile der Fassade noch saniert werden. Der Fassadenteil zum Bürgergarten werde für Graffiti freigegeben.

9 Verschiedenes

9.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht **kein Informationsbedarf** seitens der Verwaltung.

9.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Weber (sachkundiger Einwohner) bittet um Aufklärung wer für die Fehlplanung der Schleusensanierung auf der Eubaer Straße verantwortlich sei.

Frau Bürgermeisterin Wessler nimmt die Problematik mit und wird schriftlich oder im Ausschuss informieren.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, ob zur Beschleunigung der Baustelle an der Treffurthbrücke ein Schichtbetrieb möglich sei und bittet um Information über die Veränderung der Fußgängerquerung im Bereich des Hauptbahnhofes in Richtung Sonnenberg.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erklärt, dass in der Ausschreibung des Tiefbauamtes ein Zweischichtbetrieb möglich sei. Die Handhabung bei diesem Auftraggeber werde recherchiert. Das Thema Fußgängertunnel am Hauptbahnhof sei in Arbeit. Außerdem werde zur nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses der Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) für einen Sachstandsbericht zum Chemnitzer Modell eingeladen.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) fragt nach der in der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses von Frau Kühnel (Abteilungsleiterin Abt. 36.1) versprochenen Übersicht über die langfristigen Maßnahmen und deren derzeitigen Umsetzungsstand zum im Jahr 2008 beschlossenen Luftreinhalteplan der Stadt Chemnitz. Außerdem möchte Frau Drechsler wissen, ob die Stadt Chemnitz aufgrund eines Bürgeranliegens plane, Standorte für Wohnmobile in den Stadtplätzen auszuweisen. Frau Drechsler fragt weiterhin, ob die Möglichkeit bestehe im Sinne des Anliegens der Anwohner in der Georgistraße eine Tempo-30-Zone einzurichten.

Frau Bürgermeisterin Wesseler wird Frau Kühnel an die Übersicht erinnern. Zur Tourismusförderung habe es in den letzten Tagen Beratungen mit der City-Management und Tourismus Chemnitz GmbH gegeben. Die Frage zur Georgistraße nimmt **Frau Bürgermeisterin Wesseler** mit.

Die Frage von **Herrn Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** zur Aufteilung der Kosten für die Neugestaltung des Platzes vor dem Hotel an der Oper zwischen der Stadt Chemnitz und dem Eigentümer nimmt **Frau Bürgermeisterin Wesseler** mit.

Den Hinweis zur Unbefahrbarkeit der Unritzstraße von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** nimmt **Frau Bürgermeisterin Wesseler** ebenfalls mit.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet zukünftig zum besseren Verständnis den Beschlussvorlagen Fotomaterial beizufügen.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass die Stadt Chemnitz die Problematik des Haltepunktes Kuchwald an den VMS abgeben habe. Frau Stadträtin Zais sei auf eine Anfrage hin mitgeteilt worden, dass voraussichtlich auf der Verbandsversammlung im November eine Entscheidung dazu getroffen werde. In diesem Zusammenhang fragt er nach dem Grund der Zeitverzögerung, die Möglichkeit der Einsicht in die Kosten-Nutzen-Analyse vor der Verbandsversammlung und wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei.

Aufgrund der Schwere dieser Thematik sichert **Frau Bürgermeisterin Wesseler** allen Ausschussmitgliedern einen Zwischenbericht bis Anfang Oktober zu.

Die Frage nach dem Bauzeitplan und den Gründen der langen Bauphase für die Brücke an der Michaelstraße von **Herrn Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** nimmt **Frau Bürgermeisterin Wesseler** mit.

- 10 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

* * *

Frau Bürgermeisterin Wesseler schließt die Sitzung.

24.09.2010 gez. Wesseler
Datum Wesseler
 Vorsitzende
 des Ausschusses

27.09.2010 gez. Drechsler
Datum Drechsler
 Mitglied
 des Ausschusses

27.09.2010 gez. Fritzsche
Datum Fritzsche
 Mitglied
 des Ausschusses

16.09.2010 gez. Antkowiak
Datum Antkowiak
 Schriftführerin